

Brigitte Stolz-Willig (Hrsg.)

Arbeit & Demokratie

Solidaritätspotenziale im flexibilisierten Kapitalismus

172 Seiten | 2001 | EUR 12.80 | sFr 22.90
ISBN 3-87975-819-0 1



Umbrüche im Beschäftigungssystem werden mit der Dominanz marktliberaler Politik, dem Strukturwandel der Wirtschaft von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft oder mit Veränderungen in der Lebensweise (Stichwort Individualisierung) in Verbindung gebracht. Der Übergang zu einem »flexibilisierten Kapitalismus« stellt nicht nur die traditionellen Regulationsweisen in Frage, sondern konturiert auch Lebensbiographien, Interessen und Bedürfnisse neu.

Welche Auswirkungen hat die Flexibilisierung im Beschäftigungssystem auf die soziale Integrationsfähigkeit der Gesellschaft?

Wie wird soziale Solidarität in einem System organisiert, in dem jede/r Einzelne sich als »Arbeitskraft-Unternehmer« durchs Leben schlagen muss? Und: Werden mit der Erosion der klassischen »Normalarbeitsbiographie« auch die Geschlechterrollen neu definiert oder verstärken sich eher konservative Werthaltungen?

Leseprobe 1

Brigitte Stolz-Willig

Vorwort Schlüsselbegriffe aktueller Zeitdiagnosen sind Globalisierung, Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, die zunehmende Bedeutung von Wissen, Information und Kommunikation oder die Pluralisierung und Individualisierung von Lebensformen, -stilen und Handlungsorientierungen. Unbestritten ist, dass der gegenwärtig stattfindende Umbruch im Beschäftigungssystem und den »sozialen Ligaturen« nicht nur die traditionellen Regulationsweisen der Arbeit und des Sozialen in Frage stellt, sondern auch Lebensbiographien, Interessen und Bedürfnisse neu konturiert. Welche Auswirkungen haben Arbeitslosigkeit und Flexibilisierungen im Beschäftigungssystem auf die soziale Integrationsfähigkeit der Gesellschaft? Wie wird Solidarität organisiert in einem System, in dem sich jede/r Einzelne als »Arbeitskraftunternehmer« durchs Leben schlagen muss? Geht mit der Beschäftigungskrise ein Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit als zentralem Medium gesellschaftlicher Integration einher und liegt hier eine Chance für zivilgesellschaftliche Demokratiebildung? Heben sich mit der Erosion der klassischen »Normalarbeitsbiographie« auch traditionelle Geschlechtergrenzen auf oder verstärken sich konservative Werthaltungen? Mit den Beiträgen des vorliegenden Bandes werden die Ergebnisse einer Tagung dokumentiert, die im November 2000 an der Fachhochschule Frankfurt/Main in Kooperation mit Arbeit und Leben, Frankfurt und der Initiative Neue Soziale Politik stattgefunden hat. Aus soziologischer und sozialpsychologischer Perspektive wird nach den ökonomischen und sozialen Bedingungen für demokratische Partizipation gefragt und mit der Debatte um Reformperspektiven in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Geschlechterpolitik verbunden. Einigendes Band aller Beiträge ist der gemeinsame Ausgangspunkt, dass die sich aus der Sphäre der Arbeit entwickelnden Disparitäten und Ungleichheiten für die demokratischen Perspektiven nicht folgenlos bleiben. Wie aber sollen Solidaritäts-, Aktivitäts- und Vergemeinschaftungspotenziale von Subjekten und sozialen Gruppen bestimmt werden, wenn der Rahmen, in dem sich diese ausbilden können, begrifflich nicht klar gefasst wird? Vor jeder Diskussion über Solidaritätspotenziale und politische Konzepte der Krisenbewältigung hat mithin die Analyse der Ursachen und Wirkungen des Wandels in den ökonomischen Basisbeziehungen zu stehen. Die Frage, »In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?« wird von Sebastian Herkommer unter dem Blickwinkel der Sozialstrukturanalyse diskutiert. Mit der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und der sich weiter öffnenden Schere zwischen Reich und Arm gewinnen klassentheoretische und -analytische Ansätze heute wieder an Aktualität. Dafür stehen nicht nur industriesoziologische Untersuchungen, die eine Re-Taylorisierung der Arbeit und eine Ausdehnung der kapitalistischen und bürokratischen Rationalisierung auf Dienstleistungs- und Wissensarbeit belegen. Die Plausibilität der These vom Ende der Klassengesellschaft zerbröckelt zusehends mit dem Aufbrechen von neuen Disparitäten, Konflikten und sozialen Ausgrenzungsprozessen. In modernen Demokratien wird die gesellschaftliche Spaltung auf zwei entgegengesetzten Polen vorangetrieben: Auf dem einen Pol stehen die Bevölkerungsschichten, die unter einem Integrationsdefizit leiden, was Arbeit, Wohnen, Bildung und

Kultur anbetrifft und die vom Ausschluss bedroht sind, auf der anderen Seite wird es Menschen aufgrund ihrer Einkommens- und Machtposition möglich, sich sozialer und normativer Bindungen generell zu entziehen. Nicht erst der Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung setzt auch hierzulande das Thema der wachsenden Polarisierung der Sozialstruktur in Reiche und Superreiche einerseits und die Armen und Ausgegrenzten andererseits auf die Tagesordnung. Nach Herkommer verweisen die Prozesse sozialer Differenzierung und Exklusion auf die Aktualität der Verbindung von Sozialstrukturanalyse und kritischer Ökonomie, d.h. auf die Wiedergewinnung einer Perspektive, die in den Theorien der »reflexiven Modernisierung« obsolet geworden schien. Die Folgen der sozio-ökonomischen Veränderungen für das Alltagsdenken, -fühlen und -handeln der Subjekte untersucht Klaus Weber. Wie Herkommer geht er davon aus, dass die offensichtlichen Veränderungen in der subjektiven Verarbeitung und Bewältigung des Alltages nur zu verstehen sind, wenn sie zusammengedacht werden mit ihrer Formierung durch die zugrundeliegende Weise der Produktion und Reproduktion des Lebens einer bürgerlichen Gesellschaft, deren wichtigste Grundlage noch immer die gesellschaftliche Spaltung zwischen Lohnarbeit und Kapital darstellt. In seiner kritischen Auseinandersetzung mit den Theorien einer »reflexiven Moderne« vermag er deren ideologischen Gehalt zu entschlüsseln. Indem reale Macht- und Ohnmachtstrukturen in Ökonomie und Gesellschaft mit einem diffusen Begriff der »Moderne« dethematisiert werden, werden individuelle Ressourcen und Kompetenzen als maßgebend für gesellschaftliche Integration, aber auch für die Ausgrenzung von Individuen behauptet. Eine kritische Revision der Debatte zur Krise und Zukunft der Arbeit unter geschlechterpolitischen Aspekten fordert Brigitte Stolz-Willig in ihrem Beitrag. Neoklassische Erklärungsansätze der Arbeitsmarktkrise ignorieren i.d.R. die Angebotsseite des Arbeitsmarktes, obwohl das Erwerbspersonenpotenzial, insbesondere die Frauenerwerbstätigkeit in den vergangenen drei Jahrzehnten erheblich zugenommen hat. Dabei handelt es sich bei dem Anstieg der Frauenerwerbsquote um das Ergebnis eines Strukturwandels in den Geschlechterverhältnissen, der mittels gegenläufiger ökonomischer Anreize (bspw. durch Ehegattensplitting, Erziehungsgehalt, oder Bürgerarbeit) kaum umkehrbar sein dürfte. Entgegen diesen Ansätzen wäre die Frage nach einer möglichst beschäftigungswirksamen und geschlechterdemokratischen Ausgestaltung eines Anstiegs der Frauenerwerbstätigkeit zu stellen. Die sogenannte Krise des Normalarbeitsverhältnisses besteht im Kern nicht darin, dass sich Bestehendes auflöst (die Arbeit, das Normalarbeitsverhältnis) sondern dass etwas Neues hinzukommt (vor allem Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung von Frauen). Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses ist insofern Ausdruck eines ungelösten Konfliktes um die Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit. Die soziale Regulierung der Arbeitszeiten, die das soziale Konstrukt einer »Arbeitsmonade« überwindet und die Gesamtheit der Arbeits- und Lebensformen eines Menschen zum Ausgangspunkt nimmt, bleibt deshalb ein Kernthema der Geschlechterdemokratie. Für eine Wiedergewinnung des gesellschaftspolitischen Gehaltes der Arbeitszeitpolitik plädiert auch Hans-Jürgen Urban in seinem Beitrag. Dabei muss eine Politik der Arbeitsumverteilung heute von gegenüber dem Beginn der 80er Jahre veränderten Rahmenbedingungen ausgehen. Nicht nur verlängert sich die betriebliche Arbeitszeit im Gegenlauf zum tariflichen Verkürzungstrend, neue Formen der Entgrenzung der Arbeit nach oben durch veränderte Nutzungskonzepte der Arbeitskraft (Stichwort Vertrauensarbeitszeiten) gehen einher mit einem Ausfransen der Beschäftigung nach unten (Teilzeit/Befristung/Geringfügigkeit). Arbeitszeitpolitik muss heute unter den Bedingungen des Bruchs mit einer produktivitätsorientierten Einkommensverteilungspolitik reformuliert werden. Dabei gilt es den Spagat zu schaffen zwischen beschäftigungspolitischer Verantwortung einerseits und gestiegenen Wünschen innerhalb der Beschäftigten nach Selbstbestimmung und Flexibilität andererseits. Das erfordert ein neues Verhältnis zwischen kollektiv verbindlichen Normen und Wahlmöglichkeiten in der Arbeitszeitgestaltung. Die strukturellen Veränderungen der Nachfrageseite des Beschäftigungssystems in der Folge demographischer Veränderungen müssen Ausgangspunkt einer demokratisch begründeten Arbeitsmarktpolitik sein, wie Marianne Weg in ihrem Beitrag ausführt. Für den Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft diagnostiziert sie einen »Transformationsrückstand«: der Industrialismus als gesellschaftliches Konzept und institutionelles Gefüge von Arbeit ist zu überwinden, wenn das Beschäftigungsproblem in der Bundesrepublik durch eine Expansion der Dienstleistungsbeschäftigung mittelfristig gelöst werden soll. Die Anforderungen an Qualifizierung verändern sich dramatisch: neben berufsfachliche Qualifikation treten in allen Berufsfeldern neue Anforderungen an vernetztes Wissen, Organisationswissen, betriebswirtschaftliche Kenntnisse und Schlüsselqualifikationen. Entsprechende Ausbildungsordnungen im dualen System fehlen noch weitgehend. Qualifikationsentwicklung muss heute die Diskontinuität beruflicher Entwicklungen ebenso einbeziehen wie die Beschleunigung der Verfallszeit von Qualifikationen (Stichwort »Lebenslanges Lernen«). Arbeitsmarktpolitik ist regional und verknüpft mit Wirtschafts- und Strukturpolitik zu konzipieren. Als Leitbilder präventiver Arbeitsmarktpolitik sind konstitutiv: Nachhaltigkeit, Geschlechtergleichstellung, Förderung der Umwelt und der menschlichen Ressourcen. Eine negative Bilanz der realen Tendenzen in der Arbeitsmarktpolitik zieht Christa Sonnenfeld. »Workfare und Aktivierung« entschlüsselt sie als ideologisches Maßnahmenpaket des Neoliberalismus, mit dem eine Vermarktlichung des Sozialen durchgesetzt wird. Die rechtlichen Grundlagen für die Durchsetzung eines Arbeitszwanges sind durch die Neuregelungen im SGB III erheblich erweitert worden. Bisherige Evaluationen der Beschäftigungsmaßnahmen (Langzeitstudien fehlen!) wiesen darauf hin, dass die Maßnahmen sich lohnsenkend auswirken, häufig Brücken aus der Erwerbsarbeit oder in prekäre Beschäftigung sind und vorrangig der statistischen Kosmetik dienen. Die Zielbestimmung der Arbeitsmarktpolitik verkürzt sich auf die Überwindung der Sozialhilfeabhängigkeit, häufig bei nachfolgendem Bezug von Arbeitslosengeld oder -hilfe. Zu

diskutieren wäre, wie der Bezugsrahmen der Arbeitsmarktpolitik zu bestimmen ist. Soll sie sich an real vorfindlichen schlechten Marktsegmenten orientieren bspw. im Niedriglohnsektor oder muss sie nicht vielmehr an Leitbildern präventiver Arbeitsmarktpolitik - wie von Marianne Weg entwickelt- ausgerichtet sein. Entgegen der weitverbreiteten Annahme, dass die Arbeit nur Zukunft hat, wenn es ein Ende des Sozialstaats gibt, vertritt Felix Welti die Auffassung, dass beide sich wandeln und eine gemeinsame Zukunft haben können. Während bei hoher Produktivität der Erwerbsarbeit das Sozialprodukt und die für soziale Zwecke belastbare Summe der Einkommen nicht sinken, sondern steigen, erodieren die Grundlagen der sozialen Umverteilung, weil mit der sozialen Entgrenzung der Arbeit nach oben (der Typus des neuen Selbständigen) und nach unten (prekär Beschäftigte) die auf das Normalarbeitsverhältnis bezogenen arbeits- und sozialrechtlichen Absicherungen immer weniger greifen. Die Leitbegriffe des Arbeits- und Sozialrechts entsprechen der neuen Realität nur zum Teil. Im Arbeitsrecht wird es nach Welti einerseits darauf ankommen, die Reichweite der arbeitsrechtlichen Schutzvorschriften für bisher von ihnen ausgenommene Personen neu zu definieren. Im Sozialrecht wäre die Anknüpfung von Rechten und Pflichten an den Status der abhängigen Beschäftigung zu erweitern. Die Finanzierungsbasis der Sozialversicherung müsste erheblich verbreitert werden bspw. durch den Einbezug aller Einkommensarten - auch aus Vermögen und Vermietung . Aber auch die Risiken haben sich - so Welti - verändert. Wo Berufe und Lebensläufe entstandardisiert werden und mit der Erwerbstätigkeit beider Geschlechter neue Anforderungen an eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie entstehen, müssen Flexibilisierung und soziale Sicherung in einem neuen Konzept der »Flexicurity« aufeinander bezogen werden. »Ziel wäre die Vollbeschäftigung unter einem erweiterten Beschäftigungsbegriff«. Kann es eine demokratische Alternative zur Arbeitsgesellschaft geben? Diese Frage stellt Matthias Möhring-Hesse zum Abschluss. Über den Zugang zur Erwerbsarbeit werden nicht nur Einkommen verteilt, sondern auch soziale und politische Teilhaberechte und gesellschaftliche Machtpositionen. Es ist deshalb kaum davon auszugehen, dass die Szenarien der Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen die aus den Tendenzen der Entwicklung der Arbeit folgenden sozialen Spaltungen überwinden könnten. Vielmehr werden die Mechanismen der Entkopplung auch die Mechanismen der Desintegration reproduzieren. Gleichwohl - so Möhring-Hesse - kann heute der Zugang zur Erwerbsarbeit für alle nur noch erreicht werden, wenn sich der Stellenwert der Erwerbsarbeit für alle relativiert.

Inhalt:

Brigitte Stolz-Willig

Vorwort

Sebastian Herkommer

Oben und unten - drinnen und draußen: Soziale Spaltungen im Kapitalismus

Zur Aktualität der Klassenanalyse

Klaus Weber

Subjektkonstruktionen im flexiblen Kapitalismus

Brigitte Stolz-Willig

In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?

Über die Abwesenheit einer geschlechterdemokratischen Perspektive in der Debatte zur Zukunft der Arbeit

Hans-Jürgen Urban

Kollektive Arbeitszeitpolitik im flexiblen Kapitalismus

Optionen und Restriktionen gewerkschaftlicher Zeitpolitik

Marianne Weg

Umbrüche im Beschäftigungssystem als Herausforderung an präventive Arbeitsmarktpolitik

Christa Sonnenfeld

Erzwungene Angebote: Beschäftigungsförderung zu Niedriglöhnen

Felix Welti

Wandel der Arbeit und Reform von Sozialstaat und Sozialrecht

Matthias Möhring-Hesse

Gesellschaftliche Integration - einst über Arbeit, nun über Demokratie?

Autorenreferenz

Dr. Sebastian Herkommer, Professor für Soziologie, Berlin **Dr. Matthias Möhring-Hesse**, Theologe und Soziologe, politischer Sekretär beim Vorstand der IG Metall (Initiative fairteilen) und Mitarbeiter des Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik in Frankfurt / Main **Dr. Christa Sonnenfeld**, Sozialwissenschaftlerin, langjährige Mitarbeiterin im FALZ (Frankfurter Arbeitslosenzentrum), Mitarbeit im Arbeitsausschuß des Komitees für Grundrechte und Demokratie **Dr. Brigitte Stolz-Willig**, Professorin im Fachgebiet Arbeit und Arbeitsmarktpolitik an der Fachhochschule Frankfurt / Main, Fachbereich Sozialarbeit **Hans-Jürgen Urban**, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt / Main **Dr. Klaus Weber**, Professor im Fachgebiet Klinische Psychologie an der Fachhochschule Frankfurt / Main, Fachbereich Sozialarbeit **Marianne Weg**, Diplom-Ökonomin,

seit 1991 Abteilungsleiterin im Hessischen Sozialministerium (Arbeitsmarktpolitik, Frauenpolitik) **Dr. Felix Welti**, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in Europa der Christian Albrechts Universität zu Kiel

Quelle: <https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/arbeit-demokratie/>